

## **Kleine Anfrage 854**

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

### **Stärkung der Rechte sachkundiger Einwohner in gemeindlichen und kreislichen Gremien**

Die Rolle der sachkundigen Einwohner in der Meinungsbildung der gemeindlichen und kreislichen Ausschüsse wird allseits geschätzt. Uneinheitlich ist jedoch der Status ihrer rechtlichen Behandlung. Von Ort zu Ort bzw. Kreis zu Kreis werden unterschiedliche Rechtsauffassungen zu ihren Rechten und Pflichten vertreten. Es wäre wichtig, Rechtssicherheit und - nach Möglichkeit - eine Stärkung der Rolle der sachkundigen Einwohner zu erhalten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es zulässig, dass bei Abstimmungen in Ausschüssen zwei Abstimmungsrunden durchgeführt werden? Zunächst eine Abstimmungsrunde der Sachkundigen, dann eine der Stadtverordneten. Maßgebend soll hierbei das Ergebnis der Stadtverordneten sein, aber als Orientierung soll das Votum der Sachkundigen dienen? Ist eine derartige Praxis zulässig?
2. Ist es zutreffend (wie von einigen vertreten), dass sachkundige Einwohner im Ausschuss unter Umständen einen Gemeindevertreter mit vollen Rechten (inkl. Stimmrecht) vertreten können?
3. Dürfen sachkundige Einwohner auch im nichtöffentlichen Teil der Gemeindevertretung anwesend sein? Wenn ja, bezieht sich dieses Anwesenheitsrecht nur auf jene Tagesordnungspunkte, die Teil des Ausschusses waren, in dem sie ohnehin vertreten sind, oder auf alle TOPs?
4. Ist es zulässig, sachkundigen Einwohner entsprechend der gemeindlichen Entschädigungssatzung ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an Fraktionssitzungen jener Fraktion zu zahlen, die sie in den jeweiligen Ausschuss entsandt hat?
5. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Rolle der sachkundigen Einwohner zu stärken, um so die Bekleidung dieses wichtigen Ehrenamts attraktiver zu gestalten?